

NOVELLIERUNG BDG



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
Bundespolizeigewerkschaft

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und dbb lehnen den Referentenentwurf zum Bundesdisziplinalgesetz ab!

Am 7. Februar 2023 fand im BMI die Verbändebeteiligung zum vorgelegten Referentenentwurf statt. Für die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und den dbb war Heiko Teggatz mit im Gespräch. Mit dem vorgelegten Referentenentwurf möchte das BMI die Disziplinarverfahren beschleunigen und damit Verfassungsfeinde schneller aus dem Beamtenverhältnis entlassen können.

Einigkeit unter allen Beteiligten bestand darin, dass verfassungsuntreue Beamtinnen und Beamte nichts im öffentlichen Dienst zu suchen haben und selbstverständlich unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit so schnell wie möglich aus dem Dienst entfernt werden müssen.

Der vorgelegte Entwurf sieht vor, sämtliche Disziplinarmaßnahmen in die Entscheidung der Behörde zu geben, um sich dadurch das Anrufen der Disziplinarkammer bei den Verwaltungsgerichten zu ersparen. Zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit soll den betroffenen Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit des Widerspruches eingeräumt werden, welcher sodann eine aufschiebende Wirkung entfaltet.

WIR FORDERN

1. Rücknahme des vorgelegten Referentenentwurfes
2. Beibehaltung des bewährten Systems des derzeit gültigen Bundesdisziplinalgesetzes
3. Beschleunigung der behördlichen Ermittlungen im Disziplinarverfahren durch Fachpersonal in separater Struktur (Bundesdisziplinaranwalt)
4. Personelle Aufstockung der Disziplinarkammern bei den Verwaltungsgerichten
5. Aufnahme des § 130 StGB (Volksverhetzung) in den Katalog des § 41 (1) Nr. 2 BBG



#WIRANDEINERSEITE